

KREMSE NACHRICHTEN



DIE NACHRICHTEN DER KLS • KREMSE LINKE STADTBEWEGUNG

KLS wirkt



Einige unserer KandidatInnen auf der Wahlliste der KLS: GR Wolfgang Mahrer, Birgit Krieger-Gubi, GR Niki Lackner, Elmedin Junuzovic und Ronny Weßling

Wofür wir bei dieser Wahl antreten

Besonders jetzt, wo mehrere Krisen unseren BürgerInnen große Sorgen machen, gilt es, den Vorrang für Soziales in Krems zu sichern. Als KLS helfen wir den Menschen die sich in Sprechstunden oder telefonisch an uns wenden ganz konkret. Sei es durch Anträge bei Behörden oder durch Einholen von Auskünften zu den Problemen unserer Mitbürger, um Lösungen gemeinsam finden zu können. Dies gilt unabhängig von den politischen Ansichten für alle unsere Mitmenschen. Danke auch an die Menschen die uns dabei mit Rat zur Seite stehen. Nicht großklotzige Bauprojek-

te wie das Betonmonster Sky City oder das Veranstaltungszentrum, die weitere Bodenversiegelung bedeuten oder die absolute Mehrheit einer Partei in der Gemeinde sind jetzt wichtig – ausreichende Einkommen für alle Menschen zum Leben, Wohnen und Heizen müssen Vorrang haben! Die Altstädte von Krems und Stein als Weltkulturerbe müssen lebenswert erhalten und vor Spekulanten geschützt werden. Die relative rosarote Mehrheit mit KLS-Unterstützung als Zünglein an der Waage hat Krems viel gebracht. Besonders durch die Gebührenbremse und in weiteren

sozialen Fragen (z. B. Erhalt von Mieterschutzwohnungen) oder bei der Einrichtung der ersten Schutzzone auf Initiative der KLS. Die absolute ÖVP-Mehrheit über viele Jahrzehnte hat Krems nicht gut getan. Da standen die Wirtschaftsinteressen Einzelner mehr im politischen Fokus als die sozialen Anliegen einkommenschwacher BürgerInnen. Wohnungen bezahlbar und im Winter warm zu halten, sowie volle Mägen für alle Menschen in den derzeitigen Krisen zu sichern ist vorrangig. Es braucht dazu Solidarität und Zusammenhalt aller politischen Kräfte zur Mittelbereitstellung, damit niemand

hungert oder im Winter friert. Der Andrang beim Sozialmarkt auch in Krems wird immer größer, dessen Versorgung mit Waren aber immer knapper. Strom-, Gas-, Heizkosten und Mieten steigen weit schneller als die Einkommen. Helfen bei Notlagen für kinderreiche Familien, Unterstützung für ältere Menschen, welche die vielen administrativen Hürden beim Zugang zu sozialen Rechten (Pflegegeld etc.) kaum überwinden können. Schaffen wir als Stadt breite Zugangsmöglichkeiten zu guter Bildung, Sport und guten Arbeitsplätzen sowie günstigen Wohnraum besonders für junge Menschen. Weitere Schutzzonen sind der KLS für Krems wichtiger als Prestigeprojekte, mit denen sich Politiker brüsten, und an denen Spekulanten oder Großunternehmer verdienen.

Werde Teil unserer Wahlbewegung, wir freuen uns auf Dich!

Je mehr sich aktiv einbringen und jede erreichte Stimme für die **KLS** garantieren, dass es im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Verbesserungen weitergeht. Garantiert, dass wir uns weiter auch im Gemeinderat für die Interessen aller BürgerInnen durchsetzen können.



POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
22A042921 E





Halten, was ich gelobt habe!

Es war der 1. Juni 2010 als mich die damalige ÖVP-Bürgermeisterin Rinke als Gemeinderat mit nebenstehender Formel (Bild) angelobte. Neben der Beachtung von Gesetzen steht für mich das Wohl der Stadt, aber noch mehr das seiner Bürger und Bürgerinnen im Vordergrund.

Deshalb mein besonderes Engagement beim Aufdecken von Skandalen und zuletzt als Leiter des Kontrollausschusses. Als ich, selbst erst kurz im Gemeinderat, einst Halil den längst verstorbenen Freund, Pizzabäcker und ÖVP Gemeinderat fragte, ob er die Zahlen des Budgetvoranschlages verstanden hat, bekam ich die überraschende offene Antwort: „Wozu? Bin doch Handheber. Man sagt mir wo/ wann ich die Hand zu heben habe.“

Jetzt weiß ich, das ist die offenerzigste Definition für den gesetzeswidrigen aber allgemein üblichen „Fraktionszwang“ der etablierten Parteien, die sich damit über Verfassung und Demokratie hinwegsetzen. Anders erlebte ich StR Sepp Deißberger, der als ÖVP-Abgeordneter im Stadtsenat die „Privatisierung“ des Kremser Kanalsystems (was sich bei anderen Gemeinden/ Projekten als ruinös erweisen sollte) zusammen mit der SPÖ verhinderte. 2012 wurde er ÖVP intern als Stadt- und Gemeinderat abseviert. Auch ÖVP-GR Bindreiter hat sich einige Male vom eigenen Gewissen geleitet gegen Parteivorgaben gewehrt. Bei SPÖ-GR Mayer hatte ähnliches die Ablöse zur Folge. Deswegen war meine erste Bedingung gegenüber der KLS als ich für sie in den Gemeinderat ging, „es gibt für mich keinen Fraktionszwang – ich darf immer ohne Vorgaben nach meinem Gewissen selbst frei entscheiden.“ Versprochen – das werden wir als KLS auch weiter so handhaben – denn nur so nimmt man die Verfassung ernst. Das Interesse der Menschen als Richtschnur – statt Partei- oder Eigeninteressen!

Herzlichst, Ihr
Wolfgang Mahrer



Aus dem Kremser Gemeinderat

Ausau der Bahn nach St.Pölten

Die Sitzung am 29. Juni 2022 bildete den Abschluss der fünfjährigen Gemeinderatsperiode.

In der Tagesordnung hatte man vergessen, einen von der KLS bereits im März durchgebrachten Punkt aufzunehmen: Die Vorlage eines Planes für die Steuerung des Personals bei den Kindergartentransporten von Egelsee nach Stein, unter Beibehaltung der Kostenfreiheit für die Eltern; Umzusetzen durch StRin

Hockauf- Bartaschek (ÖVP). Ein per Mail an alle Gemeinderäte versendeter Unterlassungshinweis von GR Mahrer hat Bgm Resch zur Verlesung des aktuellen Standes in der Sache veranlasst. Die zuständige StRin Hockauf-Bartaschek hatte wegen des Fehlens des Tagesordnungspunktes einen Dringlichkeitsantrag als Ersatz eingebracht, dem aber die SPÖ als einzige Partei die Zustimmung zur Dringlichkeit verweigerte. Später entschuldigte sich Bgm Resch bei der verblüfften zuständigen Stadträtin, dass er ihr die Verkündung des positiven Ergebnisses „weggenommen“ hatte. Alle nachfolgenden Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten wurden einstimmig getroffen. Es ging um regionale Leitplanung, Fördereinreichung

Fußgängerkonzept, Jugendleistungszentren Fechten und Leichtathletik, Förderung des Handballklubs, geringe Verschiebung von Grenzen zwischen Katastralgemeinden beim ehemaligen Hentschl-Areal, Aktualisierung des Organisationsstatuts der Musikschule, Ankauf von Einrichtung für die Volksschule Hafnerplatz, Vergabe der Lieferung der Mittagessen in den Schulen und Kindergärten unserer Stadt.

Der Dringlichkeitsantrag zum Ausbau und der Elektrifizierung der Bahn nach St. Pölten wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Ein 30-Minuten-Takt und die Reduktion der Fahrzeit ist überfällig.

Im nichtöffentlichen Teil ging es um eine neue Telefonanlage für den Magistrat. GR Mahrer erinnerte dabei an seine

erste Gemeinderatssitzung im Juni 2011, bei der die jetzige Telefonanlage gegen fundierte Einwände seinerseits beschlossen worden war. Bei der Abrechnung dieser Anlage schrieb die damalige Bgmin Rinke zum Gemeinderatsakt sinngemäß: Für diese Mistanlage auch nur einen Euro zu bezahlen ist eine Zumutung.

Eine späte Genugtuung für den damaligen „Jungspund“ im Gemeinderat Wolfgang Mahrer.

» KLS wirkt! Auch wenn's nur um Kleinigkeiten, wie Transportgeld für Kindergarten-Kinder geht.«

Energiesparen bei öffentlicher Beleuchtung ist derzeit aktuell!

Die KLS wollte dies schon 2021 - SPÖ, ÖVP und FPÖ sagten NEIN!

Im Februar 2021 brachte GR Mahrer einen Dringlichkeitsantrag zur früheren Abschaltung der Beleuchtung historischer Gebäude (22 Uhr statt 1:30 Uhr) im Gemeinderat ein. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben keine Dringlichkeit gesehen. Heute ist dieses von der KLS frühzeitig erkannten

Sparpotential täglich in den Zeitungen (z. B. Kronenzeitung 29.7.2022 „Früher abschalten – Energiesparen: Salzburg reduziert Beleuchtung). Tage zuvor hatte man dies von Linz berichtet. Es ist für uns wenig Trost im Nachhinein wiederum Recht gehabt zu haben, aber wir hoffen auf baldige ähnliche Energiesparmaßnahmen in Krems.

Impressum: Medieninhaber: KPÖ Bezirksleitung 3500 Krems, Ob. Landstr. 8

Wir drucken die politischen Informationen der KLS • Kremser Linke Stadtbewegung und über die Arbeit ihrer Gemeinderäte, außerdem über lokale, soziale und gesellschaftspolitische Ereignisse. Hersteller: Druckhaus Schiner 3100 St. Pölten. | Redaktionsschluss 16.8.2022

Aus der VOEST Werksgeschichte

Folder verteilen vor Krems' größtem Betrieb

Selbst Regen und Wind konnten am 26. Juli die KLS-Gemeinderäte Mahrer und Lackner nicht vom Verteilen von Werbematerial für die Kremser Gemeinderatswahl am 4. September abhalten. Wahlfolder, Feuerzeuge und Säckchen mit rotem Pfeifer sollten die ArbeiterInnen beim Schichtwechsel erinnern, wer als einzige soziale Kraft im Kremser Gemeinderat die Interessen von ArbeiterInnen und Angestellten vertritt.

Überrascht waren die MitarbeiterInnen, als ihnen GR Mahrer erzählte, dass es Gewerkschafter des GLB – Gewerkschaftlicher Linksblock (vormals GE-Gewerkschaftliche Einheit) wie Franz Frühwirth von der KLS waren, die in den 60er Jahren dieses Werk der Verstaatlichten Industrie (damals Hütte Krems) vor der Schließung retteten. Das damalige Warmwalzwerk und die Verzinkerei litten unter sinkender Nachfrage. SPÖ-Vizekanzler Pittermann als zuständiges Regierungsmittglied hatte gegen die Schließung nichts einzuwenden. Die SP-Gewerkschaft



Von der Idee für die Zukunft des Betriebs bis zur Verteidigung der Pensionen können sich die ArbeiterInnen auf GLB und KLS verlassen.

ebensowenig. Die GE-Betriebsräte organisierten einen Sonderzug von Krems nach Wien mit dem die hunderten Mitarbeiter geschlossen zu einer Demonstration

vor dem Bundeskanzleramt führen. Die mächtige Demonstration entschlossener Arbeiter und deren Sprecher haben Bittermann überzeugt, dass das Werk bei

»Es ist dem Einsatz unserer GenossInnen zu danken, dass es diesen Betrieb heute überhaupt gibt!«

GR Niki Lackner

Umstellung auf Finalproduktion lebensfähig wäre. Gegen den Widerstand der Privatwirtschaft, die wegen der besseren Löhne keine verstaatlichten Betriebe in der Finalproduktion wollte, wurde die lebensrettende Reorganisation und Eingliederung in die VOEST durchgesetzt.

Später kam ein erneuer Angriff auf soziale Rechte der VOEST-Mitarbeiter. Man wollte den Pensionisten die Werkspension streichen. Wieder war es Franz Frühwirth, damals auch KLS-Gemeinderat, der dagegen bis vor ein Höchstgericht klagte und gewann!

KLS plädiert für Begrenzung der Stellflächen – leider ohne Erfolg

Die Plakatflut zur Wahl hat begonnen

Wie jedes Mal zu einer Wahl, wird auch diesmal Krems mit Wahlplakaten zugesperrt. Es gibt leider keine zahlenmäßige Beschränkung (zum Beispiel 50 Stellplätze pro Wahlliste). Mit dieser Idee ist die KLS-Kremser Linke Stadtbewegung schon früher bei den anderen Parteien abgeblitzt. Einzig die Auflage erst am Sonntag, dem 24. Juli 2022 ab 8 Uhr mit dem Aufstellen der Plakate zu beginnen wurde im Vorfeld vereinbart.

Die ÖVP hat sich, zumindest in Egelsee, offenbar bewusst schon vor 8 Uhr den „besten Platz“ gesichert und das Fairness-Abkommen negiert. Das Foto des ÖVP-Plakates vom

Dorfplatz zeigt, dass es schon vor 7:40 in der Früh aufgestellt war. Anfang August platzierte die ÖVP ein zweites Plakat so, dass die Sicht auf unsere korrekt aufgestellten Plakate teilweise verdeckt wurde. Ein schriftlicher Appell an die Fairness und Bitte ums Umstellen führte zu einer heftigen Konfrontation mit einem ÖVP Mitglied.

Um nicht ganz in der meist mit Steuergeld finanzierten Plakatflut unterzugehen waren die KLS Mandatäre und Freunde selbst pünktlich ab 8 Uhr beim Aufstellen. Die KLS bekommt ja bekanntlich keinerlei Parteienförderungen aus Steuergeld und wir mussten daher vorher die

Plakattafeln selbst bekleben und dann aufstellen. Danke an unsere HelferInnen die Stundenlang bei 30 Grad fleißig geholfen haben!



Bei einer Partei war offenbar nicht nur das Plakat auf Urlaub und daher musste man aufstellen lassen. Die KLS-AktivistInnen kämpfen hingegen selbst um Ihre Stimme.

Aus dem Wahlprogramm der KLS – Kremser Linken Stadtbewegung

Wir sind der rote Pfeffer im Gemeinderat



Wofür wir stehen

Die KLS – Kremser Linke Stadtbewegung steht für eine Gemeindepolitik, die sozial, transparent und nachhaltig zugleich ist und die das Wohl aller in den Mittelpunkt stellt.

Wir wünschen uns, dass Krems eine Stadt wird, in der alle politischen Kräfte in Toleranz und gegenseitiger Achtung zum Wohle und im Interesse der

Kremserinnen und Kremser konstruktiv zusammenarbeiten. Dabei soll regelmäßige Kontrolle Fehlentwicklungen vorbeugen und die Ursachen vergangener Skandale offenlegen, um eine Wiederholung zu verhindern. Krems braucht keinen Filz!

Politik beinhaltet für uns die Pflicht, Menschen zu helfen und sie konkret zu unterstützen.

Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß im Dienst der KremserInnen. Das bedeutet Politik für uns, die KLS.

Wir leben für die Politik und nicht von der Politik: Unsere Bezüge werden zur Gänze für die Information der Kremser Bevölkerung oder für soziale und kulturelle Zwecke eingesetzt. Unsere Stadt muss für ihre

BürgerInnen leistbar bleiben! Wir fordern eine Gebührenbremse, Budgetlöcher dürfen nicht durch Gebührenerhöhungen gestopft werden, sondern durch gerechte Verteilung der Lasten. Soziale Verantwortung gegenüber den BürgerInnen: Die Stadtpolitik darf BürgerInnen nicht nur als Steuerzahler betrachten, sondern lässt sie bei Entscheidungen mitbestimmen.

Umwelt- und Klimaschutz

Krems wurde durch viele neu gepflanzte Bäume schon blühender und schattiger. Aber es gilt weiter Bodenversiegelungen zu vermeiden und neue Flächen als Beitrag für Klimaschutz und Artenvielfalt zu begrünen.

Stadteigene Gebäude sollen vermehrt Träger regenerativer Energiegewinnung sein und thermisch saniert werden. Vorm Abriss von Bestandsgebäuden zugunsten eines Neubaus muss die Gesamtenergiebilanz von Abriss und Neubau betrachtet werden.



Jugend- und Integrationsarbeit

Diese ist zum Verein Impulse ausgelagert, der jetzt im Neuen Jugendzentrum Mitterau noch bessere Arbeitsmöglichkeiten hat. Danke für die gute Arbeit! Eine höhere Finanzierung, um die Teuerung abzufangen und die neue Elternarbeit langfristig abzusichern, würde die Betreuungs- und Integrationsarbeit deutlich verbessern.

Ortsbild und Verbauungsdichte

Die erste Schutzzone rund um die Schillerstraße gibt es dank eines KLS-Antrages bereits. Weitere sind dringend notwendig, um unser kulturelles Erbe zu bewahren. Die Bebauungsdichte muss restriktiver geregelt werden, um Auswüchse durch Bauspekulanten einzudämmen und Grünoasen zu erhalten. Der Ortsbildparagraf (§56) der NÖ-Bauordnung ist konsequent anzuwenden.

Bildung

Jungen Familien fehlt oftmals das Geld, weil sie sich zwischen Erwerbsarbeit mit kostenintensiver Kinderbetreuung und langer Karenzzeit entscheiden müssen. Nicht selten leidet die berufliche Karriere von Frauen, weil sie unbezahlte Familienarbeit leisten. Wir fordern den Aufbau einer städtischen Kleinstkindbetreuung, sowie geförderten Einsatz von Tagesmüttern/-vätern, um die Lücke zwischen dem Bezug von Kinderbetreuungsgeld und dem Angebot von Kindergartenplätzen zu schließen. Auch muss das Angebot an Kindergartenplätzen erweitert werden, damit Kinder einen sicheren Platz im gewünschten Ortsteil erhalten. Die städtischen Volksschulen müssen weiter gefördert werden, damit dort alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern eine adäquate Bildung genießen können. Leider ist es in Österreich noch immer der Fall, dass der Bildungsgrad der Kinder primär vom Einkommen der Eltern abhängig ist und nicht von den Fähigkeiten der Kinder.

Aus dem Wahlprogramm der KLS – Kremser Linken Stadtbewegung

Was wir wollen

Vorrang für Soziales

Die Stadtpolitik soll ähnlich wie in Graz für alle Menschen gemacht werden und nicht nur für Menschen mit hohem Einkommen.

Leistbares Wohnen und Sozialer Wohnbau

Für Gemeindewohnungen soll die zweite Erhöhung der Kategoriemieten für 2022 für alle MieterInnen ausgesetzt werden! Wir fordern eine kräftige Leerstandsabgabe für unvermieteten Wohnraum und Geschäftslokale, um Spekulanten einen Riegel vorzuschieben. Umwidmungen zu Bauland sollen nur erfolgen, wenn sozialer und ökologischer Wohnbau erfolgt. Krems gehört zu den Städten mit den höchsten Wohnkosten, braucht daher neue Gemeindewohnungen! Damit dieser Wohnraum nicht nur am Stadtrand entsteht, sollen auch innenstadtnahe Altbauten saniert und gemäß Richtwert des Mietrechtsgesetzes vermietet werden.



Öffentliche Dienstleistungen

Wir kämpfen gegen die Verschlechterung von öffentlichen Dienstleistungen durch Personaleinsparungen nach Teilprivatisierungen wie z. B. bei der Post. Das Kremser Postamt ist selbst zu Spitzenzeiten chronisch unterbesetzt und es kommt zu unnötig langen Wartezeiten.

Lesen Sie das gesamte Programm und alle Themenbereiche auf unserer Website: kls-krems.at



Verkehr und Mobilität I

Die städtischen Radwege müssen ausgebaut werden, um das Alltagsradfahren zu erleichtern und RadtouristInnen besser leiten zu können. Insbesondere die Innenstadt benötigt mehr Radabstellplätze und Möglichkeiten der Gepäckaufbewahrung für Radfahrende. Wo möglich sollten Einbahnen für RadfahrerInnen geöffnet werden. Ein Radweg nach Krems-Süd über die Eisenbahnbrücke ist zwingend nötig. Die Bahn nach St. Pölten muss zwingend rasch elektrifiziert werden, ein Takt und kürzere Fahrzeiten hergestellt werden. Die Kremser Stadtbahn soll verwirklicht und der Stadtbus bis Egelsee und Hollenburg eingesetzt werden. In Lerchenfeld soll der Mittergriesweg, der als Schulweg dient, mit einem durchgehenden Gehweg versehen werden um die Sicherheit der Kinder zu erhöhen.

Gesundheit

Das Kremser Universitätsklinikum muss endlich ausgebaut werden. Seitens des Landes Niederösterreich war der Baubeginn für 2014 versprochen, stattdessen wird versucht unser Spital auszuhungern. Krems hatte dem Land das Grundstück geschenkt, um den Krankenhausausbau zu ermöglichen. Dafür musste eine Schule abgerissen und von der Stadt an anderer Stelle für 20 Mio € neu gebaut werden. Wir fordern vom Land dieses Versprechen endlich umzusetzen!



Verkehr und Mobilität II

Streckenweise Erhöhung der Lärmschutzwände bei Wohnbauten. Ausbau der S5 zwischen Knoten Traismauer und Krems Ost mit wechselnder 3. Spur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Für flächendeckende 30er-Zonen in dicht bebauten Gebieten. Zur Reduktion des Parksuchverkehrs ein dynamisches digitales Parkleitsystem. Mehr öffentlicher Nahverkehr und Radverkehr sollen den Parkdruck abbauen. Für ArbeitnehmerInnen und Menschen mit Hauptwohnsitz soll in der blauen oder grünen Zone eine Parkmöglichkeit ohne Gebühren geschaffen werden.

Unsere politischen Vorstellungen für Krems

- Aktive BürgerInnenvertretung: Freie Mitsprache für alle im Gemeinderat vertretenen Gruppierungen in Ausschüssen und Arbeitskreisen.
- Ende des Fraktionszwanges im Kremser Gemeinderat, damit die Mandatarinn und Mandatare unabhängig und nur nach ihrem Gewissen entscheiden können.
- Bürgerfreundliche und allgemein verständliche Entscheidungen in Politik und Verwaltung.
- Jährliche Prüfungen durch das Kontrollamt für alle stadt eigenen Gesellschaften, Betriebe und die Bürgerspitalstiftung. Ebenso für alle Unternehmungen inkl. GEDESAG mit städtischen Beteiligungen.
- Keine Vergabe von Aufträgen der Stadt oder ihrer Gesellschaften an TrägerInnen öffentlicher Ämter.
- Auftragsvergaben nur mit öffentlichen Ausschreibungen.
- Stopp des Ausverkaufs von Vermögenswerten der Stadt, der dazu führt, dass Gewinne privatisiert und Verluste vergesellschaftet werden.
- Verkleinerung des Stadtsenates – da wesentliche Aufgabenbereiche abgegeben oder ausgelagert wurden (Krankenhaus, Altenheime, Messe AG, Weingut, städtische Wohnhäuser)!

Aus dem Wahlprogramm der KLS –

Wer wir sind



Wolfgang Mahrer

ist seit 2010 Gemeinderat der KLS

„Soziales Engagement und vollen Einsatz für Krems habe ich in den Genen.“

Kontrolle bedeutet für ihn den Schutz der Stadt und ihrer Bürger vor Korruption und Machtmissbrauch.

Mit den „Kremser Nachrichten“ informiert er über Dinge, die man gerne verschweigen würde.

Niki Lackner

gehört als Roter Pfeffer der KLS dem Gemeinderat an.

„Als Arbeiter weiß ich wo bei vielen der Schuh drückt und mache Politik für jene, die keine große Lobby haben.“

Schöne Zeichen der Zustimmung zur Politik der KLS:

„Ich kenne GR Mag. Wolfgang Mahrer schon seit vielen Jahren und schätze ihn als beeindruckende Person, seine Erfahrung in Politik und Wirtschaft, seine Ehrlichkeit und vor allem sein soziales Engagement. Aus diesen Gründen ist ihm meine Stimme sicher.“

Dr. Ingrid Müller-Linsberger

„Ich wähle bei der heurigen Kremser Gemeinderatswahl Herrn Mag. Wolfgang Mahrer, weil er seit über 12 Jahren die Interessen der Kremser Bürger vertritt. Er setzt sich für deren Anliegen ein und ist ein wichtiges Kontrollorgan im Gemeinderat. Er kümmert sich um die Probleme der einfachen Bürger und schaut auf die soziale Gerechtigkeit in unserem schönen Krems.“

Hubert Krauß, Krems,

Kremser Linken Stadtbewegung



Birgit Krieger-Gubi

Geb. 1976. Beruflich vielfältig unterwegs – über den Gendarmariedienst und als Jugendstreetworkerin – leitet sie nun die Obdachloseneinrichtung Übergangswohnheim Krems.



Ronny Weßling

geb. 1984, kennt die Herausforderungen, die man als Kleinunternehmer meistern muss. Er ist von der Schönheit und Vielfalt unserer Stadt begeistert. Diese zu bewahren und sie gleichzeitig noch lebenswerter für alle Menschen zu machen, sind sein Antrieb sich in der Gemeindepolitik zu engagieren.



Ursula Mahrer

geb. 1948, gelernte Krankenschwester. Ihr Engagement dient der Bekämpfung des Abbaus unseres Sozialstaates und des Pflegenotstandes.



Elmedin Junuzovic

Geboren 1985 in Jugoslawien, lebt und arbeitet er seit 1992 in Österreich, heute als Metallarbeiter in Krems. Wir hätten ihn gern als Repräsentant der vielen gut integrierten Menschen aus nicht EU-Ländern im Gemeinderat gesehen. Wie viele andere bekommt er aber weder das aktive noch das passive Wahlrecht. In unserer Mitte aber hat sein Wort Gewicht und wir werden die Interessen dieser Menschen mit vertreten.



Alexandra Bürger

geb. 1977. Als alleinerziehende berufstätige Mutter, kennt sie die damit verbundenen Probleme. „Politisches Engagement soll unserer Stadt und ihren Menschen gelten und nicht dem eigenen Vorteil.“



Andreas Ortner

geb. 1974. Dem verheirateten Familienvater liegt Krems als seine Geburts- und Heimatstadt besonders am Herzen und er möchte durch eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Politik dafür Sorge tragen, dass Krems auch noch für seine Kinder ein lebens- und liebenswerteres Umfeld bietet.



Kremser Transparenzpaket

Unser Antrag zum Budget, der die Deckelung der Schulden, einen ehrlichen Schuldenbericht und einen Bericht zu den städtischen Beteiligungen und Mitgliedschaften verlangte, wurde beschlossen und als Kremser Transparenzpaket bekannt. Der Anfang der erfolgreichen Sanierung der Stadtfinanzen war getan!

Gebührenbremse

Unsere dringend benötigte Zustimmung zum Stadtbudget gab es nur unter der Voraussetzung, dass Gebühren (z. B. für Kanal) nicht unangemessen erhöht werden. Gebühren sind nicht dafür da, Budgetlöcher zu stopfen!

100 € Mietzuschuss

Die Erhöhung der Kategoriemieten im April 2022 wurde für Menschen mit geringem Einkommen dank der KLS abgefedert.

Herzkathederstation im Kremser Krankenhaus

Wir die geplante Verlegung der Herzkathederstation aufgedeckt, es folgten tausenden Protestunterschriften des Spitalpersonals. So war das Land gezwungen diese lebenswichtige Station in Krems zu lassen!

Bankomat

Nach Absagen der Banken an den Bürgermeister erreichten wir, dass im Ortsteil Stein wieder ein Bankomat aufgestellt wurde.

Mieterschutzwohnungen in der Sparkassengasse

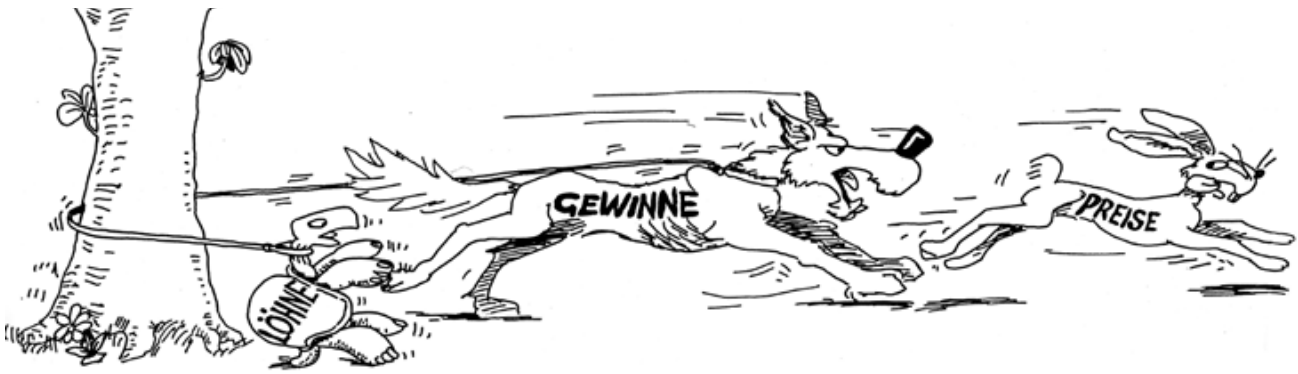
Wir haben zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften den geplanten Abriss des Gebäudes in der Sparkassengasse zugunsten von Hotel und Luxuswohnungen verhindert. Dadurch bleiben die vielen Mieterschutzwohnungen erhalten und es wird sehr viel an grauer Energie eingespart.

Schutzzone Schillerstraße

Mittels Dringlichkeitsantrag setzten wir gegen den Flächenwidmungsplan die Errichtung einer Schutzzone für die Gründerzeithäuser rund um die Schillerstraße durch. Dort ist jetzt keine weitere Stadtverschandelung durch Bauspekulanten mehr möglich!

Parken

Eine Verbesserung der Parksituation in der Grünen Zone wurde durch die von KLS verlangte Pauschalierung mit den Wochen- und Monatsparkscheinen erreicht.



Österreich wäre als Friedens-Vermittler gefragt

Krieg, Krisen, Macht und Profitgier!

Wir leben in der „freien Welt“ und die „freie Marktwirtschaft“ ist das beste Wirtschaftsmodell im Interesse der Menschen – das predigen uns Politik und Medien selbst noch im Schlaf. Deswegen wurde alles liberalisiert und viele Menschen lebten im billigen Überfluss. Jetzt folgt das große Abzocken. Denn plötzlich regiert Knappheit bei Gas, Öl, Lebensmitteln, es gibt Lieferkettenengpässe und eklatanten Arbeitskräftemangel. Alles dient als Vorwand zur Preistreiberei. Putin als Kriegstreiber und von den USA provozierte Konflikte* und Sanktionen lassen das logisch erscheinen

Unsinnige Preisbindung an teuerste Energiequelle beenden

Wenn Österreichs Strom zu über 86,5 Prozent aus erneuerbaren Energien (Wasser, Wind, Sonne) kommt und der Anteil an Gas/fossiler Energie nur 13,5 Prozent beträgt, erhöhen die Landesenergiegesellschaften trotzdem die Preise um hundert Prozent und mehr, indem sie den Gaspreis als Ausrede nützen. Nur in Wien mit hohem Gasanteil wäre dies verständlich. Denn Sonne, Wasser und Wind haben mit Putin nichts zu tun.

Als die USA Kriege ohne Grund anfangen (der Irak hatte keine Massenvernichtungswaffen, wie von den USA behauptet), gab es keine Sanktionen wegen des US-Angriffskrieges und deren Kriegsverbrechen. Aber ich bleibe dabei – jeder Krieg ist ein Verbrechen, auch Kriege der USA! Warum sich Europa Sanktionen

von den USA diktieren lässt, ist schwer verständlich, denn diese dienen den USA zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil. Auch will man den alleinigen Weltmachtanspruch durchpeitschen. Österreich soll Friedensgespräche forcieren

Menschen sie du und ich leiden unter den Kriegen

Wer leidet unter dem Krieg? Die UkrainerInnen, die getötet werden und deren Land zerstört wird, die RussInnen, die für Putins Verbrechen geächtet werden, die EuropäerInnen, die unter Lieferengpässen und hoher Inflation stöhnen. Wer verdient daran? Die USA, die jetzt ihr teures Fracking Gas exportieren können, das gegenüber den früheren billigen Importen von russischem Gas keine Chance hatte, und deren Rüstungsindustrie satte Gewinne macht.

Was sollte Österreich tun? Humanitäre Hilfe leisten und als neutrales Land Friedensgespräche anregen und fördern.

Seit Jahrzehnten haben die USA kein Hehl daraus gemacht, eine Kooperation des Energieriesen Russland mit dem Technologieriesen Deutschland zu wollen. Als Werkzeug missbrauchten die Amis die letzten Jahre die Ukraine. Laut eigenen Worten hat die USA den Maidan-Umsturz mit fünf Milliarden Dollar finanziert.

Jetzt explodieren zwar die Preise für Energie und Treibstoffe und die Gesamtinflation beträgt neun Prozent, die Löhne aber stagnieren. Warenknappheit infolge der

Sanktionen und Corona-bedingten Lieferverzögerungen treiben die Preise extrem in die Höhe. Trotz Arbeitskräftemangel steigen aber die Löhne nicht, nein die schwarz/grüne Regierung öffnet rasch den Arbeitsmarkt für Ausländer, um weiter Druck auf die Löhne zu machen. Man kann aus ÖVP Sicht die Profitgier der Konzerne doch nicht durch Lohnerhöhungen eindämmen. Politiker, die wegen der Impfpflicht zehntausende Demonstranten mobilisierten und ihnen ein Pferde-Entwurmungsmittel empfohlen (wirkt leider nicht gegen Dummheit), verlangen Steuergeld zur Stützung von Arm und Reich – jeder soll etwas abbekommen. Der Haken ist aber, die ArbeitnehmerInnen und

PensionistInnen als Hauptsteuerzahler (80 Prozent des gesamten Steueraufkommens kommen aus Lohn- und Mehrwertsteuern) werden alle Staatschulden großteils selbst zurückzahlen müssen. Während die durch Preiswucher explodierten Superprofite (300 Prozent und mehr) der Konzerne und Superreichen längst in der Karibik und anderen Steuerparadiesen sicher vor den Finanzämtern versteckt sind. Wie meinte ÖVP-Schmid in einem Chat zur Aufgabe der Finanzbeamten in einer ÖVP Regierung ... sie seien die „Huren der Reichen“...!

* Wie sehr die USA den Ukraine Konflikt wollten, beweist ein US-Video, dem Link können Sie auf unserer Website (kls-krems.at) im entsprechenden Artikel folgen.



KPÖ-Stadtfefin empfing Königspaar

Das niederländische Königspaar Willem-Alexander und Máxima beendete den Staatsbesuch in Graz. Dort waren die Royals Gäste im Rathaus von KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr – ein doch ungewöhnliches Zusammentreffen. Mit dabei der bald scheidende

Graz

KPÖ Bürgermeisterin bekam königlichen Besuch

Als im Radio die Meldung kam, das niederländische Königspaar werde auf Empfehlung von Bundespräsident Van der Bellen von Wien aus nach Graz fahren, traute ich meinen Ohren nicht: Königlicher Besuch bei einer KPÖ-Bürgermeisterin? Im Rathaus meinte der König: „Es ist eine sehr interessante Stadt, von der wir viel lernen können.“ Offenbar hat die KPÖ geführte Landeshauptstadt Eindruck auf ihn gemacht. Bild: Kurier 30.6.2022

100 Jahre Niederösterreich – ein Grund zum nachdenken!

Die tiefschwarze Landespolitik konnte vor Kurzem die Trennung von Wien vor hundert Jahren nicht genug feiern und schönreden.

1922 fürchteten die Christlich-Sozialen (heute ÖVP) durch die Erfolge des ROTEN WIEN, besonders in der sozialen Wohnbaupolitik, die politische Mehrheit auch in den Städten und am Land im restlichen NÖ zu verlieren. Daher betrieb man aggressiv die Trennung von Wien, um die eigene Macht einzuzementieren. Danach hat man systematisch am weiteren Machtausbau gearbeitet und bei erster Gelegenheit 1934 das Parlament ausgeschaltet und mittels Bürgerkrieg und Diktatur (Austrofaschismus) alles Rote aus-

zurollen versucht. Dies führte 1938 zu großer Zustimmung zu Hitler unter Österreichs Arbeitern. Nach der Befreiung von den Nazis galt es die alten Machtstrukturen wieder auf- und auszubauen. Die Sozialpartnerschaft sollte den nie aufgearbeiteten Konflikt zwischen bürgerlicher ÖVP und Sozialdemokratie übertünchen und beiden Parteien ihre „Reviere“ in Wien und NÖ ungestört für die Zukunft überlassen. Dazu hat man den kleingeistigen Provinzialisismus „Niederösterreicher gegen Wiener“ gepflegt. Der gipfelte

in der Trennung von Wien mit eigener milliardenteurer Landeshauptstadt St. Pölten.

Neun Länder – neun Pfründe

Traditionell gab es schon in der Monarchie drei politische Ebenen: Gemeinde – Land – Staat. Mit der EU kam eine vierte Ebene hinzu, die viel der gesamten Gesetzgebungskompetenz an sich gerissen hat. Statt dafür die Landesebenen abzuschaffen, wie einige – sogar ÖVP Politiker – vorschlugen, hat man begonnen, seitens der Länder die Bundespolitik der SPÖ/ÖVP Koalitionen zu blockieren wo nur ging. Dies führte zu immer größeren Problemen, wie sich unter anderem aktuell in der Bekämpfung der Covid-Pandemie zeigte. Es ist auch bequem, wenn man sich etwa bei ungelösten Verkehrsfragen zwischen Wien und NÖ gegenseitig die Schuld zuschieben kann.

Ganz Österreich ist nicht größer als Bayern, leistet sich aber den Luxus von neun teuren Landesregierungen und -verwaltungen samt Gesetzeswirrwarr in Bau- und Sozialrecht, in der Raumplanung sowie auf vielen anderen

Gebieten. Die Parteienförderungen der Länder füllen die Parteikassen zusätzlich zu den Bundesförderungen, aber das genügt den Partei- und Landesfürsten noch nicht. Versteckte Finanzierungen über Inserate in Parteiblättern und Zuwendungen an parteinahe Vereine fließen in die ohnehin schon vollen Taschen.

Der Machtmissbrauch verspielt unsere Zukunft

Am Ende kann niemand sagen wie viel die neunfache Verwaltungs- und Gesetzeswut der Landesfürstinnen und -fürsten unnötig kostet beziehungsweise schadet. Die Schönrederei bei den Feiern haben keine Probleme aufgezeigt oder gelöst. Sie dienen der Selbstbeweihräucherung der Politiker. Die Unterfinanzierung als Ursache der Krisen im Bildungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich, im Kindergarten und öffentlichen Verkehr wurden komplett außer Acht gelassen. Wer nur an Parteimillionen und Machtpositionen denkt und folglich keine Reformen will, die Mittel für dringende Strukturreformen frei machen würden, verspielt unser aller Zukunft.

Trennung Wiens von Niederösterreich.



Das Tisch Tuch ist zerschnitten, wenn auch nicht gerade „christlich“: Eine Karikatur in „Kikeriki“ von 1920 zeigt den Niederösterreicher als geizigen Vielfraß.

© Wienbibliothek im Rathaus

Solidarität ist nicht das Ding der ÖVP

Luxusbad oder Planschbecken

In ihrer Manie, alles was Bgm Resch für die Stadt will, schlecht zu reden, sind sich ÖVP und FPÖ großteils einig – nur bei der neuen Badearena, deren Pläne längst beschlossen und öffentlich vorgestellt wurden, stehen sich die schwarzen und blauen Aussagen konträr gegenüber. Für die ÖVP wird das Ganze ein „Planschbecken“, während die FPÖ meint, gegen ein „Luxusbad“ sturmlaufen zu müssen. Letztere wollen lieber Investitionen für Bogenschützen, Fechtsport und eine Klimaanlage für die Sporthalle. Man will nicht abwarten, dass sobald das neue

Hallenbad kommt, auch eine Klimaanlage für die Sporthalle an der neuen Energiezentrale des Bades hängen wird. Lieber doppelt gemoppelt als vernünftig geplant und realisiert, ist da wohl das blaue Motto.

Am 12. Juli brachte die Kronenzeitung den Bericht, dass auch das ÖVP-regierte Amstetten die Planung eines neuen Bades abgeschlossen hat. Die Preise stiegen während der Planung von 14 auf 19 und letztendlich auf 25 Millionen Euro. In Krems geifern Blau und Schwarz gegen die geplanten 28 Millionen Euro für das neue Kremser Hallenbad.



Stadt Krems

Im Unterschied zu anderen Städten muss Krems das neue Bad ohne finanzielle Beteiligung der Umlandgemeinden bauen

Dabei bedenkt man aber nicht, dass Krems als Universitäts- und Schulstadt sowie Tourismushochburg mit 30.000 EinwohnerInnen (inklusive der Nebenwohnsitze/StudentInnen) ein größeres Bad braucht als Amstetten (24.000 Einwohner). Schlimm ist, dass sich die durchwegs ÖVP ge-

fürten Umlandgemeinden von Krems nicht zur Mitfinanzierung bereit erklärten, obwohl das Schulschwimmen für ihre Kinder bei uns erfolgt. Gänserndorf hingegen hat sein neues Hallenbad gemeinsam mit den Umlandgemeinden finanziert.

Sozialgesetze in Niederösterreich Hilfe mit Schikanen

Wie schmeichelhaft, wenn das Land NÖ immer wieder die Freiwilligen so hervorhebt. Schlimm, wenn man dann als Freiwilliger etwa in der Behindertenarbeit auf Gesetzesbestimmungen stößt, die einen zutiefst frustrieren. Da wird wegen der Hilflosigkeit gegenüber der in den Bestimmungen versteckten Unmenschlichkeit die Wut im Bauch immer größer. Alleine die Anteilnahme am Leben und Leiden der Betroffenen lässt einen weitermachen.

Drei Beispiele:

Pflegeagentur geht straffrei aus

Vor sechs Jahren habe ich versucht, für eine vollständig gelähmte Frau beim Land zu intervenieren. Sie war gezwungen, wegen böser Erfahrungen mit ihren 24-Stunden-Pflegerinnen und deren Agenturen diese mehrmals zu wechseln. Wobei die Agenturen zwar versprachen, die Wohnsitz- und Krankenkassenanmeldungen für die Pflegerinnen zu machen, aber es dann nicht taten. Nach Jahren „strafte“ das Land die Gelähmte, indem es wegen dieses „Versäumnisses“ von ihr über 14.000 Euro forderte und die Förderungen solange strich, bis die Summe abgestottert war. Es gab schlimme Vorfälle wie, dass eine Pflegerin die Frau beim ins Bett heben fallen ließ und sie sich Rippen brach, eine andere Pflegerin sie mit Hepatitis ansteckte, die nächste während sie mit der zu Pflegenden beim Begräbnis von deren Mutter war, den Hausschlüssel „schlecht verwahrte“, worauf das Haus durchsucht und Wertgegenstände entwendet wurden. Dem Land war das egal – Vorschrift ist Vorschrift. Wer nicht die vorgeschriebenen Meldungen macht, selbst wenn er körperlich dazu nicht in der Lage ist, muss die Förderung zurückzahlen.

Die Volksanwaltschaft, auf den Fall angesprochen, betonte, man habe schon mehrmals das Gesetz, welches die Pflegeagenturen nicht in die Pflicht nimmt, kritisiert. Das Land schrieb, man habe keinen Zugriff auf die Agenturen, hat aber die Landesbestimmungen bis dato nicht dahingehend geändert. Der Sozialminister verwies auf die Zuständigkeit des Landes und der Bundespräsident schickte einige hundert Euro aus seinem Sozialfonds. Auch ein fast einseitiger Bericht des Kuriers hat damals nichts bewirkt.

Landesversäumnis wird auf Pflegebedürftigen abgewälzt

Ein Mann, ehemaliger Landesbediensteter, verwitwet und auch sein einziger Sohn ist verstorben. Er ist fast blind, kann trotz Hörgeräten kaum hören, ist kaum mehr mobil, da er in einigen Monaten den 100. Geburtstag feiert. Auch von ihm hat man die Meldungen bei Pflegewechsel gefordert. War leicht zu erledigen, da es in den letzten Jahren nur einen Wechsel gab, und er das Glück hat, von seinen Pflegerinnen perfekt umhegt zu werden. Ein schönes Verhältnis zwischen dem zu Pflegenden und den Betreuerinnen, wie man es selten wieder finden wird. Kaum war der eine Wechsel dem Land gemeldet worden, bekam ich, der 2016 die Pflegegeldanpassung für ihn nach Berufung durchgesetzt habe, ein E-Mail des Landes nur mit einer Aktenzahl und drei Anhängen. Es ging um die Einkommensnachweise dieses fast Hundertjährigen für die Jahre 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 – als ob diese bei ehemaligen Landesbediensteten nicht im Land selbst vorhanden wären. Gleichzeitig hat man die Unterstützungszahlungen eingestellt. Hintergrund: Wenn die Pension zu hoch war, müssten tausende Euro zurückgezahlt werden. Mich zu so einer Aktion einzuspinnen, die bei dem Betroffenen höchstwahrscheinlich einen lebensgefährlichen Schock auslösen hätte können, habe ich vorerst empört abgelehnt und bei der Verwaltung, aber auch bei Mikl-Leitner als „Landesmutter“ mehr Menschlichkeit eingefordert. Statt von Anfang an zu prüfen, nach sieben Jahren während einer Rekordinflation zu versuchen, von einem schwerstbehinderten Hundertjährigen Geld einzutreiben – mieser geht es nicht!

Sozialhilfe neu führt zu noch weniger Unterstützung für Bedürftige

Geänderte Vorgaben bei der Mindestsicherung/ Sozialhilfe führen dazu, dass Menschen jetzt teils weniger bekommen als 2018. Damals ging ich für eine gesundheitlich beeinträchtigte Frau, der man ohne bei ihr oder dem AMS nachzufragen, die Mindestsicherung um 128



Euro gekürzt hatte, in Berufung. Nach kurzer Verhandlung beim Landesverwaltungsgericht gab es kurz vor Weihnachten für sie eine Nachzahlung. Die in

Lebensgemeinschaft lebende Frau und ihr ebenfalls auf Unterstützungen angewiesener Partner erhielten gemeinsam wieder den ihnen zustehenden Unterstützungssatz von etwas über 1.200 Euro.

Heuer bekamen die beiden nur mehr etwa 1.000 Euro und baten erneut um Hilfe. Nach Auskunft des Sozialamtes hat das Land NÖ die Bestimmungen so geändert, dass Menschen, deren Wohnkosten niedriger sind, als der dafür inkludierte Richtsatz, der Betrag abgezogen wird. Beschwerde daher sinnlos. Ein erfolgreicher Pflegegeldantrag für die zwischenzeitlich noch kränker gewordene Frau, konnte nur ein wenig Ausgleich schaffen. Die Wohnverhältnisse: eine nicht renovierte Nachkriegswohnung von circa 30 m², bestehend aus Vorzimmer, Miniküche, Minibad, WC und einem Zimmer das von der Ausziehcouch und einem Wandverbau fast völlig ausgefüllt ist. Da die Wohnung günstig ist, wird in Folge ein dreistelliger Betrag vom Land bei der Förderung einbehalten. Wer bescheiden und billig wohnt, wird bestraft! Die beiden Lebenspartner sollen von circa 1.000 Euro ihre eher kleine Miete und die sonstigen Lebenshaltungskosten finanzieren. Wie das gehen soll, das interessiert die gut verdienenden Landespolitiker nicht!

Als Freiwilliger, der hilfsbedürftigen Menschen zu ihrem Recht verhelfen will, erlebe ich immer neue, unfassbar menschenverachtende bürokratische Bestimmungen. Als freiwilliger Helfer teilt man die immer größer werdende Wut der Betroffenen und versteht den Vertrauensverlust in die Politik (laut Umfragen von 75 Prozent). Statt sich vom überschwänglichen Lob der Freiwilligen durch die Politiker einlullen zu lassen und aufzugeben, muss man aber für eine wirklich soziale Politik kämpfen. Es braucht auf allen Ebenen, von der Gemeinde bis zur EU, eine Politik für die Menschen und nicht für die Taschen der Politiker und Parteikassen egal welcher Farbe!

GR Mag. Wolfgang Mahrer

Richtig wählen für Krems! KLS-Kremser Linke Stadtbewegung

So geht es:

Um Ihre Stimme der KLS-Kremser Linke Stadtbewegung zu geben, haben sie mehrere Möglichkeiten:

1.) Am amtlichen Stimmzettel, den Sie im Wahllokal oder zuvor mit der eventuell angeforderten Wahlkarte erhalten kreuzen Sie die Liste 4 KLS-Kremser Linke Stadtbewegung an. Am Ende des Wahlzettels haben Sie die Möglichkeit einem der 7 KLS Kandidaten eine Vorzugsstimme zu vergeben. Das Wahlkuvert in die Urne schmeißen oder mit der Wahlkarte absenden!

2.) Mit Namensstimmzettel: Sie stecken einen der beigelegten Namensstimmzettel der KLS in das Wahlkuvert, welches Sie im Wahllokal oder mit der Wahlkarte erhalten. Den amtlichen Stimmzettel bitte dann nicht ausfüllen und nicht dazugeben! Das Wahlkuvert in die Urne schmeißen oder mit der Wahlkarte absenden!

Liste Nr.:	Für die gewählte Partei im Kreis einsetzen	Kurzbezeichnung	Parteibezeichnung
4	X	KLS	KLS-Kremser Linke Stadtbewegung

Raum für Vorzugsstimme(n):

Danke vorab für Ihr Vertrauen!

„Sonderbedingungen“ für ÖVP-Parteilokal

Die Kremser Nachrichten berichteten im Mai über den Sonderstatus, den die GEDESAG der ÖVP für das Parteilokal in der Kasernstraße 15 a eingeräumt hat. Im Juni brachten wir die Stellungnahme von ÖVP-Spitzenkandidaten Kamleitner dazu – wir sollen dazu die GEDESAG fragen, als ob die ÖVP nicht deren Vertragspartner und Käufer wäre. Dem Rat ist Koll. Mahrer natürlich gefolgt und hat dem GEDESAG-Vorstand per Einschreibbrief dieselben Fragen gestellt wie der ÖVP. Nach Urgenz kam am 13. Juli die Antwort:

Zur Frage 1 wieso nur die ÖVP in diesem Bauprojekt selbst den Innenausbau vergeben konnte, hieß es, man habe für die ÖVP eben einen sehr geringen Leistungsumfang (nur Gebäudehülle und Wärmedämmung) definiert. Zu Frage 2 stellte man fest, wenn Leistungen nicht im vereinbarten Leistungsumfang enthalten sind, können Käufer Selbstvergaben durchführen. Zu den Fragen ob die ÖVP die gleichen Handwerker wie die GEDESAG bzw. nur konzessionierte Handwerker beschäftigte und diese eventuell günstiger für die ÖVP arbeiteten, lautete die Antwort, es sei nicht bekannt, welche Firmen die Kunden beschäftigen bzw. dürften solche Informationen über Firmen wie auch

Preise nicht offengelegt werden.

Danke an den GEDESAG-Vorstand für die eher allgemein gehaltene Antwort – vor allem zum Thema Gleichbehandlung und Haftung, die einiges offen lässt. Im Gegensatz zur ÖVP kam aber wenigstens eine Antwort!

Kontrolle aller stadteigenen Firmen durch Gemeinderat ist überfällig

Seit Jahren verlangt die KLS das Recht für das Kontrollamt auch ausgelagerte, mehrheitlich stadteigene Firmen wie die GEDESAG prüfen zu dürfen. Das Land hat dieses Kontrollrecht vor Jahren durch Gesetzesänderung abgeschafft. Wiener Neustadt hat aber Wege gefunden, diese trotzdem zu ermöglichen. In Krems ist diese Transparenz überfällig. Wie sehr die, das Land dominierende ÖVP Kontrolle fürchtet, zeigt ja auch die zuletzt bekanntgewordene Dienstanweisung (Maulkorb?) der Landesamtsdirektion: „(...) Die Landesbediensteten (wurden) jüngst angewiesen, nicht mehr mit dem Rechnungshof zu sprechen, sollte dieser mal anrufen. Laut einer Dienstanweisung seien sämtliche Unterlagen/ Stellungnahmen/ Fragebeantwortungen im Zuge der Prüfung grundsätzlich nicht

direkt an den Rechnungshof zu übermitteln, sondern an die Landesamtsdirektion. „Kurze Beauskunftungen“ seien nur „im Einzelfall“ zulässig, und das auch nur, nachdem vorab wiederum die Landesamtsdirektion informiert wurde. Das halten übrigens nicht alle Bundesländer so.“ (Quelle: profil-Morgenpost von Michael Nikbakhsh [morgenpost@profil.at] vom 18.7.2022)

Otto Normalbürger darf nur mit Firma der GEDESAG arbeiten

Was andere Bewohner dieses Hauses von der GEDESAG Antwort halten, bekam ich per Email: „Auf jeden Fall weiß die GEDESAG über alle Maßnahmen, die im ÖVP-Lokal durchgeführt wurden Bescheid, da man sich ja jede zusätzliche Maßnahme (unabhängig von den Kosten; die Verrechnung erfolgt tatsächlich direkt mit den jeweiligen Firmen) von der GEDESAG genehmigen lassen muss (bei uns waren das u.a. Maßnahmen im Badezimmer, die ich woanders deutlich billiger bekommen hätte, ich musste aber die Maßnahmen vom bei der WHA (Wohnhausanlage Kasernstraße) beschäftigten Installateur durchführen lassen, um die Genehmigung der Sonderwünsche zu erhalten.“

KLS ist Anwalt der „Normalbürger“

Wahlentscheidung in stürmischen Zeiten



Kräftige Unterstützung samt guter Stimmung gab es von der „Jungen Linken“ bei unserem Infotisch im Zentrum und dann am Stadtpark, zur Schulabschluss-Party

Diese Gemeinderatswahlen werden zweifelsohne durch die nationale und internationale Lage überlagert. Wir merken täglich beim Einkauf der Dinge des täglichen Bedarfs, beim Tanken, bei den Strompreisen wie sehr wir in dieser globalisierten kapitalistischen Welt auch in Krems von Entwicklungen betroffen sind, die nicht in unserer Entscheidungsgewalt liegen.

Die Sorgen der BürgerInnen sind in den vielen Gesprächen die wir in diesem Wahlkampf geführt

haben deutlich spürbar. Viele fragen sich, wie sie nächsten Winter Heizung, Miete und Strom bezahlen und gleichzeitig noch genug fürs Essen übrig haben werden.

» Unser Team aus erfahrenen und neuen KandidatInnen garantiert, dass die KLS weiter für diejenigen eintritt, die Sorgen um ihr Auskommen haben. Die ums Geld für Miete Strom und Essen bangen. «

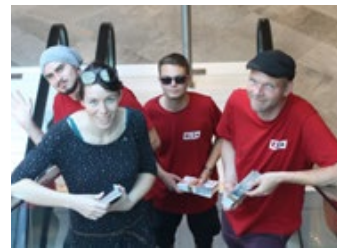
Unsere Erfolge für Krems zeigen

wir gestalten konstruktiv mit

wir sind sozial wirksam

wir sagen „nein“ wo's not tut

lesen Sie unser Wahlprogramm auf unserer Website und schauen Sie bei einem unserer Infotische vorbei



Niki Lackner – Krems muss für alle lebenswert werden und daher dringend wieder Gemeindewohnungen bauen.

aus jahrzehntelanger Behandlung der Stadtkasse wie eine schwarze Privatschatulle konnten wir in der letzten Periode durch überparteiliche Zusammenarbeit deutlich reduzieren. Und trotzdem sinnvoll investieren. Dies kann nur der erste Schritt sein. Denn wir meinen Krems muss dringend damit beginnen wieder Gemeindewohnungen zu errichten, um den Menschen in der Stadt ein Leben auch dann zu ermöglichen wenn man keinen deutschen Zahnarzt als Vater hat, der einem das Leben in der Stadt finanziert.

Für die Wahlen am 4. September hat die KLS (Kremser Linke Stadtbewegung) ein Team auf dem Stimmzettel, das aus erfahrenen Mandataren und engagierten neuen KandidatInnen besteht. Um weiter im Gemeinderat die Interessen der BürgerInnen vertreten zu können, wird es ganz besonders auf Ihre Stimme ankommen. Ich möchte Sie daher bitten durch Ihre Stimmabgabe für die KLS dazu beizutragen, dass es im Kremser Stadtparlament auch weiterhin unbestechliche Kontrollorgane gibt, die für die Politik und nicht von der Politik leben. GR Nikolaus Lackner

Wir KLS Mandatare haben in der vergangenen Periode unsere Entscheidungen im Gemeinderat stets als Anwälte derer getroffen, die nicht über ein dickes Geldbörserl verfügen. Dies werden wir auch weiterhin tun, denn das Wohl der Stadt und ihrer BürgerInnen darf nicht an der Frage entschieden werden, ob man reich ist oder nicht. Die erdrückende Schuldenlast

KLS • **Kremser Linke Stadtbewegung**

www.KLS-KREMS.at

Sprechstunden der nach telefonischer Vereinbarung

GR Wolfgang Mahrer

Tel.: 0664/524 98 62

E-Mail: wolfgang_mahrer@gmx.at

GR Nikolaus Lackner

Tel.: 0676/558 53 73

E-Mail: lackner@kpoe.at